

Vertraulichkeitserklärung

zur Beachtung des Datenschutzes, insbesondere zur Wahrung der Vertraulichkeit, und zur Wahrung des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses

☒ Anlage zum Vertrag: 2026-23-IT-E28

☐ Einmaliger Auftrag am: _____

Firma / Organisation _____

Adresse _____

Name, Vorname, Geburtsdatum
des Vertretungsberechtigten bzw.
des Einzelverpflichteten (Ver-
tragspartei) _____

Hiermit bestätigt die Vertragspartei, dass sie selbst oder alle Mitarbeiter und sonstigen von ihm beauftragten Personen zur Einhaltung der nachfolgenden Regelungen verpflichtet sind.

Nach Art. 5 DS-GVO sowie gem. § 203 StGB i.V.m. § 1 VerpflG sowie Geschäftsgeheimnisgesetz in der jeweils geltenden Fassung wird die Vertragspartei wie folgt auf die Wahrung der Vertraulichkeit sowie die sonstigen bei seiner Tätigkeit zu beachtenden Vorschriften über den Datenschutz, wie beispielsweise das Sächsische Krankenhausgesetz (SächsKHG) und das Sächsische Datenschutzdurchführungsgesetz (SächsDSDG) und das Geschäfts-, Betriebsgeheimnis sowie den Umgang mit Software verpflichtet. **Vertrauliche Informationen** sind, unabhängig davon, ob als „vertraulich“ bezeichnet/gekennzeichnet oder nicht, alle finanziellen, technischen, wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen, die Geschäftstätigkeit, das Personal oder die Geschäftsführung/Leitung betreffenden oder sonstigen Informationen (einschließlich Betriebsgeheimnisse, Aufzeichnungen und Know-how). Ob und auf welchem Trägermedium die Vertraulichen Informationen verkörpert sind, ist unerheblich; insbesondere sind auch mündliche Informationen umfasst. Unerheblich ist auch, ob Dokumente oder andere Trägermedien von Ihnen oder anderen erstellt wurden, sofern sie Vertrauliche Informationen enthalten, wiedergeben oder sich auf diese beziehen. Vertrauliche Informationen können auch solche Informationen und Unterlagen sein, die im Einzelfall nicht den Anforderungen eines Geschäftsgeheimnisses im Sinne des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) entsprechen.

Aufgrund Ihrer arbeitsvertraglichen bzw. sonstigen vertraglichen Bindung zur zeitweiligen Aufgabenerfüllung (bspw. als Dienstleister, oder Gastarzt, Hospitant, Praktikant, Schüler u. ä.) am/für das Universitätsklinikum Leipzig AöR (UKL), sind Sie zur Wahrung

1. des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses
2. der Vertraulichkeit beim Umgang mit personenbezogenen Daten (Datenschutz und Schweigepflicht)
3. dem ordnungsgemäßen Umgang mit Software

verpflichtet.

1. Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis

Die Vertragspartei ist zur Geheimhaltung aller Geschäftsgeheimnisse verpflichtet, die ihr im Zusammenhang mit der übernommenen Aufgabe bekannt werden und die nicht offenkundig sind. Geschäftsgeheimnisse sind Informationen die weder insgesamt noch in der genauen Anordnung und Zusammensetzung ihrer Bestandteile den Personen in den Kreisen, die üblicherweise mit dieser Art von Informationen umgehen, allgemein bekannt oder ohne Weiteres zugänglich ist und daher von wirtschaftlichem Wert ist und die Gegenstand von den Umständen nach angemessenen Geheimhaltungsmaßnahmen (technische Maßnahmen und/oder Kennzeichnung) durch ihren rechtmäßigen Inhaber ist und bei der ein berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung besteht. Diese Geheimhaltungsvorschrift besteht auch nach Beendigung Ihrer Tätigkeit fort.

2. Vertraulichkeit beim Umgang mit personenbezogenen Daten (Datenschutz)

Es ist der Vertragspartei untersagt, personenbezogene Daten ohne entsprechende Befugnis, die sich nach Art. 6 und Art. 9 DS-GVO, §§ 33 Abs. 2, 34 SächsKHG sowie §§ 3, 4 SächsDSDG nur aus einer Rechtsvorschrift (u. a. Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung) oder der Einwilligung des Betroffenen ergeben kann, zu verarbeiten.

"**Verarbeitung**" bezeichnet jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung. Dies ist unabhängig davon, ob diese Daten in Erfüllung Ihrer Dienstaufgaben oder rein zufällig zu Ihrer Kenntnis gelangt sind.

"**Personenbezogene Daten**" sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen; in Dateiform oder als Akte (z.B. Aufzeichnungen auf maschinell lesbaren Datenträgern, Angaben auf Formularen und Karteikarten, allg. Arbeitsunterlagen, Röntgenbilder, Ultraschall-Aufnahmen, CT/MRT-Schnittbilder, Mikrofilme, Bild- und Tonträger u. a.) Unter personenbezogenen Daten sind nicht nur Daten von Mitarbeitern zu verstehen, sondern vor allem auch Patientendaten, einschließlich von deren Angehörigen, anderer Bezugspersonen oder sonstiger Dritter. Gesundheitsdaten unterliegen als Kategorie besonderer personenbezogener Daten einem ausgesprochen hohen Schutz.

Revisionsnummer: 007/01.2024

ID: 58825

Seite | 1



Eine Verletzung der standesrechtlichen **"Ärztlichen Schweigepflicht"** (Muster-Berufsordnung für Ärzte, Apotheker) ist nach Strafgesetzbuch auch für die **„berufsmäßig tätigen Gehilfen“** unter Strafe gestellt, d.h. auch für Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Hebammen/Entbindungspfleger, Med.-technische Assistenten/Assistentinnen, Diätassistenten/-assistentinnen, Arzthelfer/-innen, Praktikanten/Praktikantinnen, Verwaltungspersonal usw.

3. Ordnungsgemäßer Umgang mit Software

Der nicht ordnungsgemäße Erwerb, die Nutzung und das Inverkehrbringen von Computer-Software stellen Verstöße gegen das Urheberrecht, Strafrecht sowie einschlägige andere Rechtsnormen dar und kann sowohl gegenüber dem UKL / der MF als auch gegenüber der Vertragspartei straf- und zivilrechtlich geahndet werden. Weiterhin besteht eine Gefahr hinsichtlich des Einsatzes von schadensstiftender Software (illegale Software-Kopien, Viren u. a.).

Deshalb ist festgelegt:

- Software muss grundsätzlich ordnungsgemäß erworben und installiert werden (auch Demonstrations- und Test-Software). Der Erwerb erfolgt über den Bereich 1 – Informationssysteme des UKL, ebenso die Installation bzw. diese in Absprache. Analog für die Software-Deinstallation und die Verschrottung von Computern, inkl. der zuverlässigen Löschung von Daten.
- Die Benutzung von Software, die nicht der direkten Aufgabenerfüllung dient, ist grundsätzlich untersagt.
- Installierte Viren-Scanner dürfen nicht abgeschaltet bzw. deinstalliert werden.

Ausnahmen

Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit besteht nicht, wenn

- eine schriftliche Genehmigung zur Weitergabe der vertraulichen Information durch das UKL erteilt wurde oder
- wenn Sie zur Offenlegung der Vertraulichen Informationen durch Anordnung eines zuständigen Gerichts oder einer Behörde oder sonstigen Einrichtung des öffentlichen Rechts oder gesetzlich oder aufgrund der Regelwerke einer Börse verpflichtet sind, wobei Sie alle vernünftigen Schritte unternehmen muss, um die Offenlegung der Vertraulichen Information im größtmöglichen Umfang zu verhindern oder zu beschränken.

Halten Sie sich derart für verpflichtet, so muss das UKL, soweit rechtlich zulässig, rechtzeitig vor der Offenlegung schriftlich benachrichtigt werden, damit die Offenlegung durch rechtliche Maßnahmen unterbunden werden kann. In dieser Benachrichtigung wird in geeigneter Form, beispielsweise im Rahmen einer rechtlichen Stellungnahme eines Rechtsberaters, mitgeteilt, welche Vertraulichen Informationen weitergeleitet werden müssen. Die Beweislast für das Vorliegen einer Ausnahme zur Vertraulichkeit tragen Sie selbst.

Rechtsfolgen

- Verstöße gegen das Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis können auf der Grundlage des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und anderer Rechtsgrundlagen zivilrechtlich sowie strafrechtlich geahndet werden.
- Aus der Verletzung der Vertraulichkeit ergeben sich arbeits-, straf- oder ordnungswidrigkeitsrechtliche Konsequenzen (gem. § 22 SächsDSGD Geldbuße bis zu 25 T€, als Straftat bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe). Der Versuch ist strafbar.
- Die Verbreitung / Benutzung illegal kopierter Software kann nach dem Urheberrechtsgesetz geahndet werden.
- Die Verbreitung / Benutzung von schadensstiftender Software kann strafrechtlich verfolgt werden.
- Verstöße lösen auch zivilrechtliche Schadenersatzansprüche aus.

Ein Merkblatt mit Erläuterungen und den relevanten Rechtsvorschriften sowie eine Kopie der Verpflichtungserklärung werden ausgehändigt. Weitere Informationen mit datenschutzrelevanten Regelungen ergeben sich aus den Dienstvereinbarungen und Dienstanweisungen sowie weiteren innerbetrieblichen Regelungen.

Verpflichtung nach § 203 StGB

Des Weiteren erklärt die Vertragspartei, die Anforderungen des § 203 StGB und die strafrechtlichen Folgen einer Verletzung zu kennen.

Soweit die Vertragspartei hierzu nicht gesetzlich bereits verpflichtet ist, erklärt sie Folgendes:

- Ich verpflichte mich zur gewissenhaften Einhaltung und Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen. Insbesondere ist mir bekannt, dass meine Verschwiegenheit auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, gleich welcher Art dieses ist, uneingeschränkt und zeitlich unbefristet fortbesteht.
- Ich verpflichte mich darüber hinaus alle meine Mitarbeiter (Bestandsmitarbeiter und zukünftige neue Mitarbeiter), die im Rahmen des gegenständlichen Auftrages bzw. Vertragsverhältnisses mit den der besonderen Verschwiegenheitspflicht unterliegenden Daten in Berührung kommen, ebenso wirksam nach § 203 StGB zu verpflichten.
- Ich sichere zu, soweit in Erfüllung des Auftrages durch mich / unser Unternehmen Dritte (Subunternehmer) oder Geschäftspartner (im Rahmen eines mehrstufigen Vertragsverhältnisses) zum Einsatz kommen, für eine gleiche Verpflichtung Sorge zu tragen. Über die strafrechtlichen Konsequenzen einer fehlerhaften oder mangelnden Verpflichtung bin ich informiert.

In allen Zweifelsfragen werde ich entsprechenden Rechtsrat vor einer Offenbarung von Geheimnissen, welche § 203 StGB unterliegen einholen.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel